# Richtlinie [88/609/EWG](http://data.europa.eu/eli/dir/1988/609/1990-12-13) des Rates vom 24. November 1988 zur Begrenzung von Schadstoffemissionen von Großfeuerungsanlagen in die Luft

**Änderungen:** Ber. [ABl. L 351](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:31988L0609R(01)&from=DE) v. 21.12.1988 S. 46; [90/481/EWG](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:31990D0481&from=DE) ABl. L 267 v. 29.09.1990 S. 37; [90/656/EWG](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:31990L0656&from=DE) ABl. L 353 v. 17.12.1990 S. 59; [94/66/EG](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:31994L0066&from=DE) ABl. L 337 v. 24.12.1994 S. 83; Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum; Beitrittsakte Österreich, Finnland und Schweden; [95/1/EG, Euratom, EGKS](http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:31995D0001&from=DE) ABl. L 1 v. 01.01.1995 S. 123;

***Gemäß Art. 17 der RL 2001/80/EG (ABl. L 309 v. 27.11.2001 S. 1) ist diese Richtlinie am 27.11.2002 aufgehoben worden.***

**Inhalt:**

Richtlinie 88/609/EWG des Rates vom 24. November 1988 zur Begrenzung von Schad­stoffemissionen von Großfeuerungsanlagen in die Luft 1

Artikel 1 2

Artikel 2 2

Artikel 310) 4

Artikel 4 4

Artikel 5 4

Artikel 6 5

Artikel 7 5

Artikel 8 5

Artikel 9 6

Artikel 10 6

Artikel 11 6

Artikel 12 6

Artikel 13 7

Artikel 14 7

Artikel 15 7

Artikel 16 7

Artikel 17 8

Artikel 18 8

Anhang I Höchstmengen und Verringerungen der SO2-Emissionen für bestehende Anlagen 9

Anhang II Höchstmengen und Verringerungen der NOX-Emissionen für bestehende Anlagen 11

Anhang III SO2-Emissionsgrenzwerte für Neuanlagen 13

Anhang IV SO2-Emissionsgrenzwerte für Neuanlagen 14

Anhang V SO2-Emissionsgrenzwerte für Neuanlagen 15

Anhang VI NOX-Emissionsgrenzwerte für Neuanlagen 15

Anhang VII Staub-Emissionsgrenzwerte für Neuanlagen 16

Anhang VIII Schwefelabscheidegrad 16

Anhang IX Methoden zur Messung der Emissionen 17

A. Verfahren der Messung und Beurteilung der Emissionen von Neuanlagen 17

B. Feststellung der jährlichen Gesamtemissionen von Neuanlagen 17

C. Ermittlung der jährlichen Gesamtemissionen bestehender Anlagen 17

**Der Rat der Europäischen Gemeinschaften -**

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere auf Artikel 130s,

auf Vorschlag der Kommission[[1]](#footnote-1),

nach Stellungnahme des Europäischen Parlaments[[2]](#footnote-2),

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses[[3]](#footnote-3),

in Erwägung nachstehender Gründe:

In den Aktionsprogrammen der Europäischen Gemeinschaften auf dem Gebiet des Umweltschutzes von 1973[[4]](#footnote-4), 1977[[5]](#footnote-5), 1983[[6]](#footnote-6), und 1987[[7]](#footnote-7) wird die Bedeutung der Verhütung und der Verringerung der Luftverunreinigung herausgestellt.

Der Rat und die im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten haben in ihrer Entschließung zum Aktionsprogramm für den Umweltschutz (1987 - 1992) betont, dass sich die Tätigkeit der Gemeinschaft vorrangig auf die Verringerung der Ursachen der Luftverunreinigung konzentrieren muss, unter anderem durch den Erlass und die Durchführung von Maßnahmen betreffend die Emissionen von Großfeuerungsanlagen.

Die Gemeinschaft ist ferner durch den Beschluss 81/462/EWG[[8]](#footnote-8) Vertragspartei des Übereinkommens über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung geworden.

In der Richtlinie 84/360/EWG des Rates vom 28. Juni 1984 zur Bekämpfung der Luftverunreinigung durch Industrieanlagen[[9]](#footnote-9) ist vorgesehen, verschiedene Verfahren und Maßnahmen zur Verhütung und Verringerung der Luftverunreinigung durch Industrieanlagen, insbesondere durch diejenigen Anlagen, die zu den aufgeführten Kategorien gehören, so auch Großfeuerungsanlagen, einzuführen.

Nach Artikel 8 der Richtlinie 84/360/EWG legt der Rat, soweit erforderlich, auf Vorschlag der Kommission einstimmig auf der Grundlage der besten verfügbaren Technologien Emissionsgrenzwerte für Neuanlagen fest, die keine unverhältnismäßig hohe Kosten verursachen, und berücksichtigt dabei Art, Mengen und Schädlichkeit der betreffenden Emissionen. In Artikel 13 derselben Richtlinie ist vorgesehen, daß die Mitgliedstaaten Politiken und Strategien unter Anwendung geeigneter Maßnahmen verfolgen, um die bestehenden Anlagen, die zu den aufgeführten Kategorien gehören, unter Berücksichtigung der verschiedenen Gegebenheiten schrittweise an die beste verfügbare Technologie anpassen.

Die Schädigung der Umwelt durch die Luftverunreinigung macht es dringend erforderlich, Emissionen von neuen und bestehenden Großfeuerungsanlagen zu verringern und zu überwachen; hierzu müssen Gesamtziele für eine schrittweise, in Phasen eingeteilte Verringerung der jährlichen Gesamtemissionen von Schwefeldioxid und Stickoxiden aus bestehenden Großfeuerungsanlagen sowie Emissionsgrenzwerte für Schwefeldioxid, Stickoxide und Staub im Falle von Neuanlagen im Einklang mit dem Grundsatz des Artikels 8 der Richtlinie 84/360/EWG festgelegt werden.

Diese Emissionsgrenzwerte für Neuanlagen sind zu einem späteren Zeitpunkt im Lichte der technologischen Entwicklungen und des Stands der Umwelterfordernisse zu überprüfen; hierzu wird die Kommission Vorschläge unterbreiten.

Bei der Festlegung der jährlichen Gesamthöchstmengen an Emissionen für bestehende Großfeuerungsanlagen wurde gebührend berücksichtigt, daß - unter Berücksichtigung der besonderen Gegebenheiten - in den Mitgliedstaaten vergleichbare Anstrengungen unternommen werden müssen. Bei der Festlegung der Anforderungen zur Verringerung der Emissionen von Neuanlagen wurde besonderen technischen und wirtschaftlichen Zwängen gebührend Rechnung getragen, damit unverhältnismäßig hohe Kosten vermieden werden. Für Spanien wurde eine vorübergehende, begrenzte Abweichung von der vollen Anwendung der für Neuanlagen festgelegten Schwefeldioxid-Emissionsgrenzwerte vorgesehen, da dieser Mitgliedstaat der Ansicht ist, daß er aufgrund seines steigenden Energieverbrauchs und des industriellen Wachstums einen besonders hohen Bedarf an neuer Energieerzeugungskapazität hat -

hat folgende Richtlinie erlassen:

## Artikel 1

Diese Richtlinie findet auf Feuerungsanlagen Anwendung, deren Feuerungswärmeleistung 50 MW oder mehr beträgt, unabhängig davon, welche Art von Brennstoff (fest, flüssig oder gasförmig) darin verfeuert wird.

## Artikel 2

Im Sinne dieser Richtlinie sind:

1. „Emission“ die Ableitung von Stoffen aus der Feuerungsanlage in die Luft;

2. „Abgase“ gasförmige Ableitungen mit festen, flüssigen oder gasförmigen Emissionen; ihr Volumenstrom wird bezogen auf Normbedingungen (Temperatur 273 K, Druck 101,3 kPa) nach Abzug des Feuchtegehalts an Wasserdampf und wird angegeben in Kubikmeter je Stunde (Nm³/h);

3. „Emissionsgrenzwerte die zulässige Menge eines in den Abgasen der Feuerungsanlage enthaltenen Stoffes, die in einem gegebenen Zeitraum in die Luft abgeleitet werden darf; sie wird als Masse pro Volumen der Abgase in mg/Nm³ ausgedrückt, bezogen auf einen Volumenanteil an Sauerstoff in den Abgasen von 3 v. H. bei flüssigen und gasförmigen Brennstoffen und 6 v. H. bei festen Brennstoffen;

4. „Schwefelabscheidegrad“ das Verhältnis der Schwefelmenge, die am Standort der Feuerungsanlage in einem bestimmten Zeitraum nach speziell hierfür entwickelten Verfahren ausgeschieden wird, zu der Schwefelmenge des Brennstoffs, der im gleichen Zeitraum in die Feuerungsanlage eingebracht und verbraucht wird.

5. „Betreiber“ jede natürliche oder juristische Person, die die Feuerungsanlage betreibt oder die ausschlaggebende wirtschaftliche Verfügungsmacht darüber besitzt oder stellvertretend wahrnimmt.

6. „Brennstoff“ alle festen, flüssigen oder gasförmigen brennbaren Stoffe zur Beschickung der Feuerungsanlage mit Ausnahme von Hausmüll und giftigen oder gefährlichen Abfällen.

7. „Feuerungsanlage“ jede technische Einrichtung, in der Brennstoffe in Hinblick auf die Nutzung der dabei erzeugten Wärme oxidiert werden.

Diese Richtlinie betrifft nur Feuerungsanlagen zum Zwecke der Energieerzeugung mit Ausnahme derjenigen, die die Verbrennungsprodukte unmittelbar bei Herstellungsverfahren verwenden.

Insbesondere gilt diese Richtlinie nicht für folgende Anlagen:

- Anlagen, in denen die Verbrennungsprodukte unmittelbar zum Erwärmen, zum Trocknen oder zu einer anderweitigen Behandlung von Gegenständen oder Materialien verwendet werden, z. B. Wärmöfen, Wärmebehandlungsöfen;

- Nachverbrennungsanlagen, d. h. technische Einrichtungen, die darauf ausgelegt sind, die Abgase durch Verbrennung zu reinigen, und die nicht als unabhängige Feuerungsanlagen betrieben werden,

- Einrichtungen zum Regenerieren von Katalysatoren für katalytisches Kracken;

- Einrichtungen für die Umwandlung von Schwefelwasserstoff in Schwefel;

- in der chemischen Industrie verwendete Reaktoren;

- Koksöfen;

- Winderhitzer (Cowper).

Ferner fallen Anlagen, die von Diesel-, Benzin- oder Gasmotoren oder von Gasturbinen angetrieben werden, unabhängig vom verwendeten Brennstoff, nicht unter diese Richtlinie.

Werden zwei oder mehr gesonderte Neuanlagen derart errichtet, daß ihre Abgase unter Berücksichtigung technischer und wirtschaftlicher Faktoren nach dem Urteil der zuständigen Behörden über einen gemeinsamen Schornstein abgeleitet werden könnten, so gilt die von solchen Anlagen gebildete Kombination als einzige Einheit.

8. „Mehrstofffeuerung“ eine Feuerungsanlage, die gleichzeitig oder wechselweise mit zwei oder mehreren Brennstoffen beschickt werden kann.

9. „Neuanlage“ eine Feuerungsanlage, für die die erste Errichtungsgenehmigung oder, falls ein solches Verfahren nicht besteht, die erste Betriebsgenehmigung vor dem 1. Juli 1987 erteilt worden ist[[10]](#footnote-10).

10. „Bestehende Anlage" eine Feuerungsanlage, für die die erste Errichtungsgenehmigung oder, falls ein solches Verfahren nicht besteht, die erste Betriebsgenehmigung vor dem 1. Juli 1987 erteilt worden ist.

## Artikel 310)

(1) Die Mitgliedstaaten stellen spätestens zum 1. Juli 1990 geeignete Programme zur schrittweisen Verringerung der jährlichen Gesamtemissionen aus bestehenden Anlagen auf. Diese Programme enthalten neben den Terminplänen die Einzelheiten ihrer Durchführung.

(2) Die Programme sind mit der Zielvorgabe aufzustellen und durchzuführen, daß durch entsprechende Emissionsbegrenzungen zumindest die Einhaltung der für Schwefeldioxid in Anhang I Spalte 1 bis 6 und für Stickstoffoxide in Anhang II Spalte 1 bis 4 festgelegten Emissionshöchstmengen und entsprechenden Vomhundertsätze der Verringerung zu dem in diesen Anhängen jeweils angegebenen Termin sichergestellt werden soll.

(3) Während der Laufzeit der Programme stellen die Mitgliedstaaten auch die jährliche Gesamtemissionen gemäß Anhang IX Abschnitt C fest.

(4) 1994 übermittelt die Kommission auf der Grundlage der von den Mitgliedstaaten gemäß Artikel 16 vorgelegten zusammenfassenden Berichte dem Rat einen Bericht über die Umsetzung der in dem vorliegenden Artikel vorgesehenen Verringerung und gegebenenfalls Vorschläge für eine Überarbeitung der Zielwerte und/oder des Zeitpunkts für die Verringerung der Schwefeldioxid-Emissionen für Phase 3 und der Zielwerte und/oder des Zeitpunkts für die Verringerung der Stickstoff-Emissionen für Phase 2. Der Rat befindet einstimmig über diese Vorschläge.

(5) a) Sollte eine wesentliche und unerwartete Änderung der Energienachfrage oder der Verfügbarkeit bestimmter Brennstoffe oder bestimmter Energieerzeugungsanlagen zu schwerwiegenden technischen Problemen bei der Einhaltung der Emissionshöchstmengen durch eine Vertragspartei führen, kann diese Vertragspartei eine Änderung der in den Anhängen I und II festgelegten Emissionshöchstmengen und/oder Termine beantragen. Das in Buchstabe b beschriebene Verfahren ist anzuwenden.

b) Die Vertragspartei unterrichtet unter Angabe der Gründe über den Gemeinsamen EWR-Ausschuss umgehend die anderen Vertragsparteien von einer solchen Maßnahme. Auf Antrag einer Vertragspartei wird der Gemeinsame EWR-Ausschuss über die Angemessenheit der getroffenen Maßnahmen konsultiert. Teil VII des Abkommens findet Anwendung.

## Artikel 4

(1) Die Mitgliedstaaten treffen geeignete Maßnahmen, damit jede Errichtungsgenehmigung oder, falls ein solches Verfahren nicht besteht, jede Betriebsgenehmigung für eine Neuanlage Bestimmungen über die Einhaltung der Emissionsgrenzwerte für Schwefeldioxid, Stickstoffoxide und Staub gemäß den Anhängen III bis VII enthält.

Die Mitgliedstaaten können jedoch gestatten, daß Neuanlagen mit einer thermischen Nennleistung von 50 bis 100 MW, für die vor dem letzten Termin für die Umsetzung der Richtlinie 94/66/EG[[11]](#footnote-11) in innerstaatliches Recht eine Genehmigung erteilt wurde, den in Anhang III vorgesehenen Wert erst binnen höchstens eines Jahres ab diesem Termin einhalten müssen.

(2) Die Kommission legt unter Berücksichtigung des Standes der Technik und der Umwelterfordernisse vor dem 1. Juli 1995 Vorschläge zur Neufestsetzung der geltenden Grenzwerte vor. Der Rat beschließt einstimmig über diese Vorschläge.

(3) Die Mitgliedstaaten können die Einhaltung von strengeren als in den Absätzen 1 und 2 angegebenen Emissionsgrenzwerten sowie von kürzeren Durchführungsfristen verlangen; sie können weitere Schadstoffe einbeziehen sowie zusätzliche Anforderungen oder eine Anpassung der Anlagen an den technischen Fortschritt vorschreiben.

## Artikel 5

Abweichend von Anhang III gilt folgendes:

1. Für Neuanlagen mit einer thermischen Nennleistung von 400 MW oder mehr, die höchsten 2200 Stunden jährlich (im Betriebsdurchschnitt über einen Zeitraum von fünf Jahren) in Betrieb sind, gilt für die Schwefeldioxid-Emissionen ein Grenzwert von 800 mg/Nm³.

2. Neuanlagen, die mit einheimischen festen Brennstoffen befeuert werden, dürfen in den Fällen, in denen der für diese Anlagen festgesetzte Schwefeldioxid-Emissionsgrenzwert aufgrund der besonderen Eigenschaften der Brennstoffe ohne den Einsatz von unverhältnismäßig teurer Technologie nicht eingehalten werden kann, die Emissionsgrenzwerte des Anhangs III überschreiten.

Diese Anlagen müssen mindestens die in Anhang VIII aufgeführten Schwefelabscheidegrade erreichen.

3. Das Königreich Spanien kann bis 31. Dezember 1999 neue, mit einheimischen oder eingeführten festen Brennstoffen befeuerte Kraftwerke mit einer thermischen Nennleistung von 500 MW oder mehr genehmigen, die vor Ende des Jahres 2005 in Betrieb gehen und folgenden Anforderungen genügen:

- 2000 MWel im Falle der mit einheimischen festen Brennstoffen befeuerten Anlagen,

- im Falle von mit importierten festen Brennstoffen befeuerten Anlagen; entweder 7500 MWel oder 50 v. H. der gesamten Neukapazität aller mit festen Brennstoffen befeuerten Anlagen, die bis zum 31. Dezember 1999 genehmigt worden sind, je nachdem, welcher Wert niedriger ist.

## Artikel 6

Die Mitgliedstaaten können eine Überschreitung der gemäß Artikel 4 festgelegten Emissionsgrenzwerte bei mit einheimischer Braunkohle befeuerten Anlagen zulassen, wenn trotz Anwendung der besten verfügbaren, aber nicht unverhältnismäßig teuren Technologie erhebliche Schwierigkeiten wegen der Beschaffenheit dieses Brennstoffs dies erfordern und Braunkohle eine wesentliche Brennstoffquelle für die Anlage ist.

Derartige Fälle werden unverzüglich der Kommission mitgeteilt; die erforderlichen Maßnahmen werden mit der Kommission abgestimmt.

## Artikel 7

Um die Einhaltung der Emissionsgrenzwerte für Stickstoffoxide gemäß Anhang VI sicherzustellen, können die in Artikel 4 Absatz 1 genannten Genehmigungen unter anderem geeignete technische Bauvorschriften vorschreiben.

Ergeben die Überwachungsmessungen, daß wegen unvorhergesehener Gründe der Emissionsgrenzwert nicht eingehalten wird, so muß die zuständige Behörde von dem Betreiber verlangen, alle geeigneten primären Maßnahmen zu ergreifen, um so schnell wie möglich und spätestens innerhalb eines Jahres die Einhaltung sicherzustellen. Die Kommission wird sofort von solchen Fällen sowie von den Ergebnissen der ergriffenen Abhilfemaßnahmen unterrichtet.

Die Bestimmungen dieses Artikels werden anhand eines Vorschlags überprüft, den die Kommission dem Rat zusammen mit den in Artikel 4 Absatz 2 genannten Vorschlägen übermittelt.

## Artikel 8

(1) Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, daß in der in Artikel 4 Absatz 1 genannten Genehmigung geeignete Maßnahmen für den Fall einer Betriebsstörung oder des Ausfalls der Abgasreinigungsanlage vorgesehen werden. Eine Betriebsstörung ist unverzüglich der zuständigen Behörde zu melden; sie entscheidet, welche Maßnahmen zu treffen sind. Die zuständige Behörde muß insbesondere den Betreiber veranlassen, den Betrieb der Anlage so bald wie praktisch möglich und bis zur Wiederherstellung normaler Betriebsbedingungen einzuschränken oder gänzlich einzustellen, oder aber die Anlage mit einem schadstoffarmen Brennstoff weiterzubetreiben, außer, wenn nach Auffassung der zuständigen Behörde ein vorrangiges Bedürfnis für die Aufrechterhaltung der Stromversorgung gegeben ist. Außerdem trägt die zuständige Behörde dafür Sorge, daß der Betreiber alle erforderlichen Schritte unternimmt, um die Abgasreinigungsanlage so bald wie möglich wieder in Betrieb zu nehmen.

(2) Die zuständige Behörde kann die Verpflichtung zur Einhaltung der in Artikel 4 vorgesehenen Emissionsgrenzwerte für Schwefeldioxid bei Anlagen, in denen zu diesem Zweck normalerweise ein schwefelarmer Brennstoff verfeuert wird, für eine Dauer von bis zu sechs Monaten aussetzen, wenn der Betreiber aufgrund einer sich aus einer ernsten Mangellage ergebenden Unterbrechung der Versorgung mit schwefelarmen Brennstoff nicht in der Lage ist, diese Grenzwerte einzuhalten.

(3) Die zuständige Behörde kann eine Abweichung von der Verpflichtung zur Einhaltung der in Artikel 4 vorgesehenen Emissionsgrenzwerte in den Fällen zulassen, in denen eine Anlage, die normalerweise nur gasförmigen Brennstoff verfeuert, und die anderenfalls mit einer Abgasreinigungsanlage ausgestattet werden müßte, wegen einer plötzlichen Unterbrechung der Gasversorgung ausnahmsweise während eines kurzen Zeitraums auf andere Brennstoffe ausweichen muß. Die zuständigen Behörden sind über jeden einzelnen Fall sofort nach dessen Eintreten zu unterrichten.

(4) Die Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission umgehend über derartige Fälle.

## Artikel 9

(1) Für die Erteilung der in Artikel 4 Absatz 1 genannten Genehmigung für eine mit einer Mehrstofffeuerung ausgerüsteten Neuanlage, die gleichzeitig mit zwei oder mehr Brennstoffen beschickt wird, setzen die zuständigen Behörden die Emissionsgrenzwerte wie folgt fest:

- zunächst wird der Emissionsgrenzwert für jeden einzelnen Brennstoff und jeden einzelnen Schadstoff entsprechend der thermischen Nennleistung der Anlage gemäß den Anhängen III bis VII bestimmt;

- sodann werden die gewichteten Emissionsgrenzwerte für die einzelnen Brennstoffe festgelegt; diese Werte erhält man durch Multiplikation der einzelnen Grenzwerte mit der Wärmeleistung der einzelnen Brennstoffe, dividiert durch die Summe der von allen Brennstoffen zugeführten Wärmeleistung;

- schließlich werden die gewichteten Emissionsgrenzwerte für die einzelnen Brennstoffe addiert.

(2) Unbeschadet des Absatzes 1 gelten bei Mehrstofffeuerungsanlagen, die Destillations- und Konversionsrückstände von Erdölraffinerien allein oder mit andern Brennstoffen zum Eigenverbrauch verwenden, die Vorschriften für den Brennstoff mit dem höchsten Emissionsgrenzwert (maßgeblicher Brennstoff), wenn während des Betriebs der Anlage der von diesem Brennstoff stammende Wärmeteil mindestens 50 v. H. der Summe von allen Brennstoffen zugeführten Wärmeleistung ausmacht.

Beträgt der Anteil des maßgeblichen Brennstoffs weniger als 50 v. H., so wird der Emissionsgrenzwert unter Berücksichtigung der Summe der von allen Brennstoffen zugeführten Wärmeleistung proportional zu der von jedem einzelnen Brennstoff gelieferten Wärme wie folgt bestimmt:

- zunächst wird der Emissionsgrenzwert für jeden Einzelnen Brennstoff und jeden einzelnen Schadstoff entsprechend der thermischen Nennleistung der Anlage gemäß den Anhängen III bis VII bestimmt;

- sodann wird der Emissionsgrenzwert für den maßgeblichen Brennstoff berechnet (der Brennstoff mit dem höchsten Emissionsgrenzwert gemäß den Anhängen III bis VII oder - im Falle von zwei Brennstoffen mit gleichem Grenzwert - derjenige, der die größte Wärmemenge liefert), diesen Wert erhält man, indem der in den Anhängen III bis VII für diesen Brennstoff genannte Emissionsgrenzwert mit zwei multipliziert und von dem Ergebnis der Emissionsgrenzwert für den Brennstoff mit dem niedrigsten Emissionsgrenzwert abgezogen wird;

- anschließend werden die gewichteten Emissionsgrenzwerte für die einzelnen Brennstoffe berechnet; diese Werte erhält man, indem man den berechneten Emissionsgrenzwert des maßgeblichen Brennstoffs mit der von diesem Brennstoff gelieferten Wärmemenge multipliziert und das Ergebnis jeder einzelnen Multiplikation durch die Summe der von allen Brennstoffen zugeführten Wärmeleistung dividiert;

- zuletzt werden die gewichteten Emissionsgrenzwerte für die einzelnen Brennstoffe addiert.

(3) Anstatt des in Absatz 2 genannten Emissionsgrenzwertes kann wahlweise als Mittelwert für alle Neuanlagen der Raffinerie und ungeachtet des verwendeten Brennstoffgemischs ein Emissionsgrenzwert für Schwefeldioxid von 1000 mg/Nm³ angewendet werden.

Die zuständigen Behörden stellen sicher, daß die Anwendung dieser Vorschrift nicht zu einer Erhöhung der Emission von bestehenden Anlagen führt.

(4) Für die Erteilung der in Artikel 4 Absatz 1 genannten Genehmigung für eine mit Mehrstofffeuerung ausgerüstete Neuanlage, die abwechselnd mit zwei oder mehr Brennstoffen beschickt wird, gelten die in den Anhängen III bis VII festgelegten Emissionsgrenzwerte für die jeweiligen verwendeten Brennstoffe.

## Artikel 10

Die Ableitung der Abgase aus Feuerungsanlagen erfolgt auf kontrollierte Weise über einen Schornstein.

In der in Artikel 4 Absatz 1 genannten Genehmigung sind die die Abgasableitung betreffenden Bedingungen festzulegen. Insbesondere hat die zuständige Behörde dafür Sorge zu tragen, daß die Schornsteinhöhe so berechnet wird, daß Gesundheit und Umwelt geschützt bleiben.

## Artikel 11

Wird eine Feuerungsanlage um mindestens 50 MW erweitert, so wird der Emissionsgrenzwert für den neuen Teil der Anlage nach Maßgabe der thermischen Nennleistung der Gesamtanlage festgelegt. Diese Bestimmung gilt nicht in den in Artikel 9 Absätze 2 und 3 genannten Fällen.

## Artikel 12

Im Falle der Errichtung von Feuerungsanlagen, die insbesondere die Umwelt eines anderen Mitgliedstaats wesentlich beeinträchtigen könnten, tragen die Mitgliedstaaten dafür Sorge, daß gemäß Artikel 7 der Richtlinie 85/337/EWG des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten[[12]](#footnote-12) alle sachdienlichen Informationen erteilt werden und die entsprechenden Konsultationen stattfinden.

## Artikel 13

(1) Die Mitgliedstaaten ergreifen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, daß die Emissionen der von der vorliegenden Richtlinie betroffenen Feuerungsanlagen sowie alle übrigen zur Durchführung dieser Richtlinie erforderlichen Werte nach Maßgabe des Anhangs IX überwacht werden. Die Mitgliedstaaten können verlangen, daß diese Überwachung zu Lasten des Betreibers durchgeführt wird.

(2) Die Messverfahren und/oder -einrichtungen, die zur Ermittlung der Konzentration an Schwefeldioxid, Staub, Stickstoffoxiden und an Sauerstoff sowie der übrigen Daten benutzt werden, die für die Überwachung der Durchführung dieser Richtlinie erforderlich sind, sowie alle anderen für die Bewertung der Ergebnisse benutzten Geräte müssen dem Stand der industriellen Messtechnik entsprechen und reproduzierbare und vergleichbare Ergebnisse einbringen.

Die Bestimmungsverfahren müssen von den zuständigen Behörden genehmigt werden.

(3) Die zuständigen Behörden stellen Informationen über die Leistungskriterien der zu diesem Zweck benutzten Einrichtungen oder Verfahren zur Messung, Kalibrierung und Datenauswertung zur Verfügung und übermitteln diese Informationen der Kommission.

## Artikel 14

Die Mitgliedstaaten ergreifen geeignete Maßnahmen, damit der Betreiber die zuständigen Behörden innerhalb angemessener Fristen über die Ergebnisse der kontinuierlichen Messungen, der Überwachung der Messgeräte und der Einzelmessungen sowie über alle sonstigen Messungen zur Beurteilung der Einhaltung dieser Richtlinie unterrichtet.

## Artikel 15

(1) Im Falle kontinuierlicher Messungen gelten die Emissionsgrenzwerte nach den Anhängen III bis VII als eingehalten, wenn die Auswertung der Ergebnisse für die Betriebsstunden innerhalb eines Kalenderjahres ergibt, daß

a) keiner der Kalendermonatsmittelwerte die Emissionsgrenzwerte überschreitet und

b) - bei Schwefeldioxid und Staub 97 v. H. aller 48-Stunden-Mittelwerte 110 v. H. der Emissionsgrenzwerte nicht überschreiten;

- bei Stickoxid 95 v. H. aller 48-Stunden-Mittelwerte 110 v. H. der Emissionsgrenzwerte nicht überschreiten.

Die Zeitabschnitte nach Artikel 8 sowie die An- und Abfahrzeiten bleiben unberücksichtigt.

(2) Sind nur Einzelmessungen oder andere geeignete Bestimmungsverfahren vorgeschrieben, so gelten die in den Anhängen III bis VII festgesetzten Emissionsgrenzwerte als eingehalten, wenn die Ergebnisse jeder einzelnen Messserie oder der anderen Verfahren, die gemäß den von den zuständigen Behörden festgelegten Vorschriften definiert und bestimmt wurden, die Emissionsgrenzwerte nicht überschreiten.

(3) In den Fällen gemäß Artikel 5 Absätze 2 und 3 gelten die Schwefelabscheidegrade als eingehalten, wenn sich bei der Auswertung der entsprechend dem Anhang IX Abschnitt A.2 durchgeführten Messungen ergibt, daß alle Kalendermonatsmittelwerte oder alle gleitenden 30-Tage-Mittelwerte dem vorgeschriebenen Schwefelabscheidegrad entsprechen.

Die Zeitabschnitte nach Artikel 8 sowie die Zeitabschnitte des An- und Abfahrens bleiben unberücksichtigt.

## Artikel 16

(1) Die Mitgliedstaaten setzen die Kommission spätestens am 31. Dezember 1990 von den nach Artikel 3 Absatz 1 erstellten Programmen in Kenntnis.

Binnen Jahresfrist nach Abschluss der verschiedenen Phasen zur Verringerung der Emissionen bestehender Anlagen übermitteln die Mitgliedstaaten der Kommission einen zusammenfassenden Bericht über die Ergebnisse der Durchführung dieser Programme.

Nach Ablauf der Hälfte jeder Phase sind ferner Zwischenberichte vorzulegen.

(2) Die in Absatz 1 genannten Berichte vermitteln einen Gesamtüberblick über

- sämtliche von dieser Richtlinie betroffenen Feuerungsanlagen,

- ihre Schwefeldioxid- und Stickstoffoxid-Emissionen, ausgedrückt in Jahrestonnen und als Konzentrationen dieser Stoffe in den Abgasen,

- die getroffenen oder geplanten Maßnahmen zur Verringerung dieser Emissionen und die Umstellung auf andere Brennstoffe,

- die durchgeführten oder geplanten Umstellungen auf andere Betriebsweisen,

- die erfolgten oder geplanten endgültigen Stilllegung von Feuerungsanlagen

- und gegebenenfalls die in den Programmen für bestehende Anlagen vorgeschriebenen Emissionsgrenzwerte.

Bei der Ermittlung der jährlichen Emissionsmengen und der Schadstoffkonzentrationen in den Abgasen halten sich die Mitgliedstaaten an die Bestimmungen der Artikel 13, 14 und 15.

(3) Die Kommission führt zusammen mit den Mitgliedstaaten regelmäßig einen Vergleich der in Artikel 3 Absatz 1 genannten Programme durch, damit diese auf Gemeinschaftsebene harmonisiert werden können.

Die Kommission trägt insbesondere dafür Sorge, daß die Durchführung der genannten Programme zu den erwartenden Ergebnissen hinsichtlich einer umfassenden Verringerung der Emissionen führt, und unterbreitet gegebenenfalls geeignete Vorschläge.

(4) Die Mitgliedstaaten, die Artikel 5 anwenden, erstatten der Kommission hierüber jährlich Bericht.

## Artikel 17

(1) Die Mitgliedstaaten erlassen die erforderlichen Rechts- und Verwaltungsvorschriften, um dieser Richtlinie spätestens am 30. Juni 1990 nachzukommen. Sie setzen die Kommission unverzüglich davon in Kenntnis.

(2) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission den Wortlaut der innerstaatlichen Rechtsvorschriften mit, die sie auf dem unter diese Richtlinie fallenden Gebiet erlassen.

## Artikel 18

Diese Richtlinie ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Geschehen zu Brüssel am 24. November 1988.

## Anhang I Höchstmengen und Verringerungen der SO2-Emissionen für bestehende Anlagen[[13]](#footnote-13) [[14]](#footnote-14)

|  | 0 | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| Mitgliedstaat | SO2-Emissionen der Großfeuerungs-Anlagen 1980 | Emissionshöchstmengen (1000 t/Jahr) | | | Verringerung gegenüber Emissionen 1980 in v. H. | | | Verringerung gegenüber angepassten Emissionen 1980 in v. H. | | |
|  | Phase 1 | Phase 2 | Phase 3 | Phase 1 | Phase 2 | Phase 3 | Phase 1 | Phase 2 | Phase 3 |
|  | (1000 t) | 1993 | 1998 | 2003 | 1993 | 1998 | 2003 | 1993 | 1998 | 2003 |
| Belgien | 530 | 318 | 212 | 159 | - 40 | - 60 | - 70 | - 40 | - 60 | - 70 |
| Dänemark | 323 | 213 | 141 | 106 | - 34 | - 56 | - 67 | - 40 | - 60 | - 70 |
| Deutschland | 5000 | 3000[[15]](#footnote-15) | 2000 | 1500 | - 4015) | - 60 | - 70 | 15) | - | - |
| Griechenland | 303 |  | 320 | 320 | + 6 | + 6 | + 6 | - 45 | - 45 | - 45 |
| Spanien | 2290 | 320 | 1730 | 1440 | 0 | - 24 | - 37 | - 21 | - 40 | - 50 |
| Frankreich | 1910 | 2290 | 764 | 573 | - 40 | - 60 | - 70 | - 40 | - 60 | - 70 |
| Irland | 99 | 1146 | 124 | 124 | + 25 | + 25 | + 25 | - 29 | - 29 | - 29 |
| Italien | 2450 | 124 | 1500 | 900 | - 27 | - 39 | - 63 | - 40 | - 50 | - 70 |
| Luxemburg | 3 | 1800 | 1,5 | 1,5 | - 40 | - 50 | - 60 | - 40 | - 50 | - 50 |
| Niederlande | 299 | 1,8 | 120 | 90 | - 40 | - 60 | - 70 | - 40 | - 60 | - 70 |
| Portugal | 115 | 180 | 270 | 90 | - 40 | - 60 | - 70 | - 40 | - 60 | - 70 |
| Vereinigtes |  | 232 |  |  |  |  |  |  |  |  |
| Königreich | 3883 | 3106 | 2330 | 1553 | - 20 | - 40 | - 60 | - 20 | - 40 | - 60 |
| Österreich | 90 | 54 | 36 | 27 | - 40 | - 60 | - 70 | - 40 | - 60 | - 70 |
| Finnland | 171 | 102 | 68 | 51 | - 40 | - 60 | - 70 | - 40 | - 60 | - 70 |
| Schweden | 112 | 67 | 45 | 34 | - 40 | - 60 | - 70 | - 40 | - 60 | - 70 |
| Schweiz | 28 | 14 | 14 | 14 | - 50 | - 50 | - 50 | - 50 | - 50 | - 50 |

## Anhang II Höchstmengen und Verringerungen der NOX-Emissionen für bestehende Anlagen[[16]](#footnote-16)[[17]](#footnote-17)

|  | 0 | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- | --- |
| Mitgliedstaat | NOX-Emissionen der  Großfeuerungs-Anlagen | NOX-Emissionshöchstmengen (1000 t/Jahr) | | Verringerung gegenüber Emissionen 1980 in v. H. | | Verringerung gegenüber angepassten Emissionen 1980 in v. H. | |
|  | (als NO2) 1980 | Phase 1 | Phase 2 | Phase 1 | Phase 2 | Phase 1 | Phase 2 |
|  | (1000 t) | 1993[[18]](#footnote-18) | 1998 | 199318) | 1998 | 199317) | 1998 |
| Belgien | 110 | 88 | 66 | - 20 | - 40 | - 20 | - 40 |
| Dänemark | 124 | 121 | 81 | - 3 | - 35 | - 10 | - 40 |
| Deutschland | 1090 | 872[[19]](#footnote-19) | 654 | - 20 | - 40 | - | - |
| Griechenland | 36 | 70 | 70 | + 94 | + 94 | 0 | 0 |
| Spanien | 366 | 368 | 277 | + 1 | - 24 | - 20 | - 40 |
| Frankreich | 400 | 320 | 240 | - 20 | - 40 | - 20 | - 40 |
| Irland | 28 | 50 | 50 | + 79 | + 79 | 0 | 0 |
| Italien | 580 | 570 | 428 | - 2 | - 26 | - 20 | - 40 |
| Luxemburg | 3 | 2,4 | 1,8 | - 20 | - 40 | - 20 | - 40 |
| Niederlande | 122 | 98 | 73 | - 20 | - 460 | - 20 | - 40 |
| Portugal | 23 | 59 | 64 | + 157 | + 178 | - 8 | 0 |
| Vereinigtes |  |  |  |  |  |  |  |
| Königreich | 1016 | 864 | 711 | - 15 | - 30 | - 15 | - 30 |
| Österreich | 19 | 15 | 11 | - 20 | - 40 | - 20 | - 40 |
| Finnland | 81 | 65 | 48 | - 20 | - 40 | - 20 | - 40 |
| Schweden | 31 | 25 | 19 | - 20 | - 40 | - 20 | - 40 |
| Schweiz | 9 | 8 | 5 | - 10 | - 40 | - 10 | - 40 |

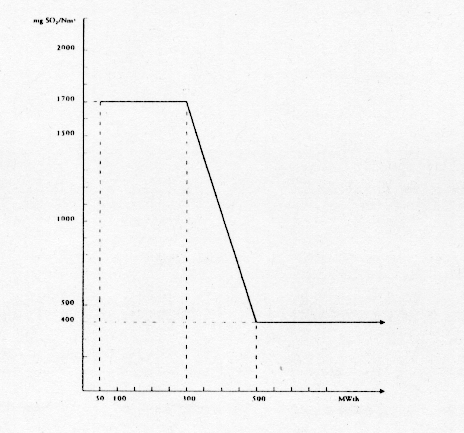
## Anhang III SO2-Emissionsgrenzwerte für Neuanlagen[[20]](#footnote-20)

**Feste Brennstoffe**



## Anhang IV SO2-Emissionsgrenzwerte für Neuanlagen

Flüssige Brennstoffe



## Anhang V SO2-Emissionsgrenzwerte für Neuanlagen

Gasförmige Brennstoffe

|  |  |
| --- | --- |
| Art der Brennstoffe | Grenzwert (mg/Nm³) |
| Gasförmige Brennstoffe im allgemeinen | 35 |
| Flüssiggas | 5 |
| Aus Raffinerierückständen erzeugte Gase mit niedrigem Heizwert, Koksofengas, Hochofengas | 800 |
| Aus Kohle erzeugtes Gas | [[21]](#footnote-21) |

## Anhang VI NOX-Emissionsgrenzwerte für Neuanlagen

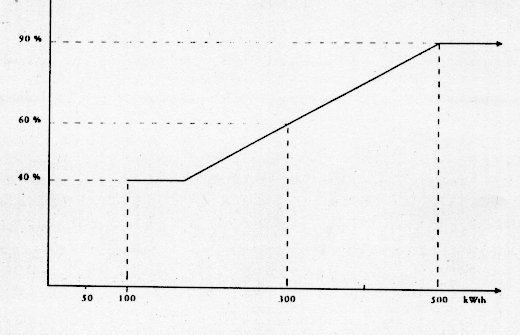
|  |  |
| --- | --- |
| Art der Brennstoffe | Grenzwert (mg/Nm³) |
| Feste Brennstoffe im allgemeinen | 650 |
| Fest, mit weniger als 10 v. H. flüchtiger Bestandteile | 1300 |
| Flüssig | 450 |
| Gasförmig | 350 |

## Anhang VII Staub-Emissionsgrenzwerte für Neuanlagen

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Art des Brennstoffs | Thermische Leistung (MWth) | Grenzwert (mg/Nm³) |
| Fest | ≥ 500  < 500 | 50  100 |
| Flüssig[[22]](#footnote-22) | Alle Anlagen | 50 |
| Gasförmig | Alle Anlagen | 5 im Regelfall  10 bei Hochofengas  50 bei anderweitig verwertbaren Gasen der Stahlindustrie |

## Anhang VIII Schwefelabscheidegrad

gemäß Artikel 5 Absatz 2



## Anhang IX Methoden zur Messung der Emissionen

### A. Verfahren der Messung und Beurteilung der Emissionen von Neuanlagen

1. Die Messung der Konzentrationen von SO2, Staub, NOX und Sauerstoff erfolgt kontinuierlich bei Neuanlagen mit einer thermischen Nennleistung von 300 MW oder mehr. Die Überwachung von SO2 und Staub kann jedoch auf Einzelmessungen oder andere geeignete Bestimmungsverfahren beschränkt werden, wenn die Konzentration mit Hilfe dieser Messungen oder Verfahren - die von der zuständigen Behörde überprüft und anerkannt werden müssen - ermittelt werden kann.

Im Falle von anderen Anlagen als den im ersten Unterabsatz genannten, können die zuständigen Behörden verlangen, daß kontinuierliche Messungen der drei Schadstoffe und von Sauerstoff durchgeführt werden, wenn sie dies für erforderlich halten. Falls keine kontinuierlichen Messungen vorgeschrieben sind, werden in regelmäßigen Zeitabständen Einzelmessungen oder andere von den zuständigen Behörden anerkannte geeignete Verfahren angewandt, um die in den Abgasen enthaltene Masse der vorstehend genannten Stoffe zu ermitteln.

2. Bei Anlagen, für die der Schwefelabscheidegrad nach Artikel 5 Nummern 2 und 3 gilt, finden die Vorschriften für Messungen von SO2-Emissionen gemäß Nummer 1 Anwendung. Ferner ist der Schwefelgehalt des verfeuerten Brennstoffs regelmäßig zu überwachen.

3. Im Falle wesentlicher Änderungen beim eingesetzten Brennstoff oder im Bereich der Anlagen sind die zuständigen Behörden davon in Kenntnis zu setzen. Sie entscheiden, ob die Überwachungsvorschriften der Nummer 1 weiterhin ausreichen oder ob sie angepaßt werden müssen.

4. Die kontinuierlich arbeitenden Meßeinrichtungen müssen in regelmäßigen Abständen in Abstimmung mit den zuständigen Behörden überprüft werden. Die Meßgeräte zur Bestimmung der Konzentrationen von SO2, Staub, NOX und Sauerstoff müssen in regelmäßigen angemessenen Abständen einer Kalibrierung und einer Betriebsprüfung unterzogen werden. Die Kalibrierung der kontinuierlich arbeitenden Meßeinrichtung erfolgt nach einem von der zuständigen Behörde genehmigten Meßverfahren.

### B. Feststellung der jährlichen Gesamtemissionen von Neuanlagen

Das Ergebnis der Feststellung der jährlichen Gesamtemissionen an SO2 und NOX wird den zuständigen Behörden mitgeteilt. Bei kontinuierlicher Überwachung muß der Betreiber der Anlage für jeden einzelnen Schadstoff die täglich freigesetzte Schadstoffmasse unter Berücksichtigung des Abgasvolumenstroms aufsummieren. Erfolgt keine kontinuierliche Überwachung, so ermittelt der Betreiber anhand der Vorschriften unter Abschnitt A Nummer 1 und entsprechend den Anforderungen der zuständigen Behörden Schätzwerte für die jährlichen Gesamtemissionen.

Gleichzeitig mit der unter Abschnitt C Nummer 3 verlangten Mitteilung über die jährlichen Gesamtemissionen bestehender Anlagen unterrichten die Mitgliedstaaten die Kommission über die gesamten jährlichen SO2- und NOX-Emissionen der Neuanlagen.

### C. Ermittlung der jährlichen Gesamtemissionen bestehender Anlagen

1. Die Mitgliedstaaten fertigen 1990 erstmals und dann für jedes folgende Jahr eine vollständige Aufstellung von den SO2- und NOX-Emissionen der bestehenden Anlagen und zwar:

- für jede Anlage einzeln bei Anlagen von mehr als 300 MWth und bei Raffinerien;

- eine Gesamtaufstellung bei den übrigen Feuerungsanlagen, auf die diese Richtlinie Anwendung findet.

2. Die bei dieser Aufstellung angewandten Methoden müssen mit den 1980 für die Ermittlung der SO2- und NOX-Emissionen von Anlagen angewandten Methoden übereinstimmen.

Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission ab 1990 im Einzelnen mit, welche Methoden und Ausgangsdaten zur Ermittlung der SO2- und NOX-Emissionen bestehender Feuerungsanlagen gemäß Spalte 0 der Anhänge I und II verwendet werden.

3. Die Ergebnisse dieser Aufstellung werden der Kommission in übersichtlich zusammengefaßter Form innerhalb von neun Monaten nach Ablauf des betreffenden Jahres übermittelt.

Die Kommission wird auf ihren Wunsch über die Methoden für die Fertigung dieser Emissionsaufstellungen und über die Einzelheiten der Ausgangsdaten unterrichtet.

4. Die Kommission sorgt für einen systematischen Vergleich der einzelstaatlichen Aufstellung und unterbreitet dem Rat im Hinblick auf eine wirksame Durchführung dieser Richtlinie erforderlichenfalls Vorschläge zur Harmonisierung der Methode der Emissionsaufstellung.

1. ABl. Nr. C 49 vom 21.2.1984, S. 1, und ABl. Nr. C 76 vom 22.3.1985, S. 6. [↑](#footnote-ref-1)
2. ABl. Nr. C 337 vom 17.12.1984, S. 446, und ABl. Nr. C 175 vom 15.7.1985, S. 297. [↑](#footnote-ref-2)
3. ABl. Nr. C 25 vom 28.1.1985, S. 3 [↑](#footnote-ref-3)
4. ABl. Nr. C 112 vom 20.12.1973, S. 1 [↑](#footnote-ref-4)
5. ABl. Nr. C 139 vom 13.6.1977, S. 1 [↑](#footnote-ref-5)
6. ABl. Nr. C 46 vom 17.2.1983, S. 1 [↑](#footnote-ref-6)
7. ABl. Nr. C 328 vom 7.12.1987, S. 1 [↑](#footnote-ref-7)
8. ABl. Nr. L 171 vom 27.6.1981, S. 11 [↑](#footnote-ref-8)
9. ABl. Nr. L 188 vom 16.7.1984, S. 20 [↑](#footnote-ref-9)
10. In Deutschland geltende Übergangsmaßnahmen gemäß Artikel 15 Abs. 1 der Richtlinie 90/656/EWG vom 4.12.1990 (ABl. EG vom 17.12.1990 Nr. L 353/59): In Abweichung der Richtlinie 88/609/EWG kann Deutschland für das Gebiet der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik vorsehen, daß im Bereich jener Richtlinie

    - in Artikel 2 Nummer 9 und 10 anstelle des Datums 1. Juli 1987 der 1. Juli 1990 gilt;

    - für die Aufstellung von Programmen zur schrittweisen Verringerung der Emissionen nach Artikel 3 Absatz 1 anstelle des Datums des 1. Juli 1990 der 1. Juli 1992 gilt. [↑](#footnote-ref-10)
11. ABl. Nr. L 337 vom 24.12.1994, S. 83. [↑](#footnote-ref-11)
12. ABl. Nr. L 175 vom 5.7.1985, S. 40 [↑](#footnote-ref-12)
13. Zusätzliche Emissionen können sich aus am oder nach dem 1. Juli 1987 genehmigten Kapazitäten ergeben. [↑](#footnote-ref-13)
14. Emissionen von vor dem 1. Juli 1987 genehmigten Feuerungsanlagen, die zu diesem Zeitpunkt jedoch noch nicht in Betrieb waren und die bei der Festsetzung der in diesem Anhang angegebenen Emissionshöchstmengen nicht berücksichtigt wurden, müssen den in der Richtlinie für Neuanlagen aufgestellten Anforderungen genügen oder den Gesamtemissionen bestehender Anlagen hinzugerechnet werden, die die in diesem Anhang festgelegten Höchstmengen nicht überschreiten dürfen. [↑](#footnote-ref-14)
15. Die Werte in dieser Rubrik müssen von Deutschland ab dem 1. Januar 1996 eingehalten werden. [↑](#footnote-ref-15)
16. Zusätzliche Emissionen können sich aus am oder nach dem 1. Juli 1987 genehmigten Kapazitäten ergeben. [↑](#footnote-ref-16)
17. Emissionen von vor dem 1. Juli 1987 genehmigten Feuerungsanlagen, die zu diesem Zeitpunkt jedoch noch nicht in Betrieb waren und die bei der Festsetzung der in diesem Anhang angegebenen Emissionshöchstmengen nicht berücksichtigt wurden, müssen den in der Richtlinie für Neuanlagen aufgestellten Anforderungen genügen oder den Gesamtemissionen bestehender Anlagen hinzugerechnet werden, die die in diesem Anhang festgelegten Höchstmengen nicht überschreiten dürfen. [↑](#footnote-ref-17)
18. Die Mitgliedstaaten können aus technischen Gründen die Phase 1 bei der Verringerung der NOx-Emissionen um bis zu zwei Jahre verschieben, wenn sie dies der Kommission binnen eines Monats nach Bekanntgabe dieser Richtlinie mitteilen. [↑](#footnote-ref-18)
19. Die Werte in dieser Rubrik müssen von Deutschland ab dem 1. Januar 1996 eingehalten werden. [↑](#footnote-ref-19)
20. Auf der Grundlage eines Berichts der Kommission über die Verfügbarkeit schwefelarmer Brennstoffe und eines entsprechenden Vorschlags der Kommission wird der Rat über Emissionsgrenzen für Anlagen im Bereich von 50 - 100 MWth entscheiden. [↑](#footnote-ref-20)
21. Der Rat wird die Emissionsgrenzwerte für derartiges Gas später anhand von Vorschlägen festlegen, die von der Kommission auf der Grundlage weiterer technischer Erfahrungen vorzulegen sind. [↑](#footnote-ref-21)
22. Auf Anlagen mit einer thermischen Leistung von weniger als 500 MWth, die flüssigen Brennstoff mit einem Aschegehalt von mehr als 0,06 v. H. verfeuern, kann ein Emissionsgrenzwert von 100 mg/Nm³ Anwendung finden. [↑](#footnote-ref-22)